

Steinbrück wird nicht Kanzler

Wie genau und wie demokratisch sind Wahlprognosen?

Es ist doch ohnehin fast alles klar. Peer Steinbrück wird nicht Bundeskanzler. SPD und Grüne erreichen zusammen nicht viel mehr als 37 Prozent. Für die FDP wird es knapp, aber wenn sie in den Bundestag kommt, was noch ein wenig wahrscheinlicher ist als das Gegenteil, dann ist es wiederum ein wenig wahrscheinlicher, dass sie mit Angela Merkel knapp wieder ein schwarz-gelbes Bündnis bilden kann. Sonst aber gibt es eine große Koalition.

Alles gegessen also? Es wird uns jedenfalls, mit kleineren Schwankungen, schon seit Wochen und Monaten so eingebläut: von Graf Zahl alias Jörg Schönenborn und vielen anderen. Das ZDF will sogar jetzt am Donnerstag noch eine Umfrage veröffentlichen, nur drei Tage vor der Bundestagswahl, was gegen die bisherigen Sitten geht und daher umstritten ist.

Während die ebenfalls zunehmenden Umfragen zu Sachfragen – etwa: Soll man Syrien bombardieren? Ist Jürgen Trittin glaubwürdig? – ein ganz eigenes journalistisches und politisches Problem darstellen (denn tendenziell ersetzen diese Meinungsbilder Argumente und Berichterstattung), so wirft die allgegenwärtige Demoskopie zu den künftigen Wahlergebnissen der Parteien zwei massive Schwierigkeiten auf.

Die erste ist technischer Natur. Die Genauigkeit der üblichen Umfragen – die *Wahl-Absichten* erfragen und nicht *Wahl-Erwartungen* – ist zweifelhaft. Der Ökonom und Prognoseforscher Andreas Graefe, der den Schwerpunkt „Forecasting Politics“ am „Centre for Advanced Studies“ (CAS) der Münchner Universität leitet, hält sein Verfahren für deutlich verlässlicher: Er aggregiert alle möglichen Vorhersagen unterschiedlicher Machart und bildet aus ihnen den Durchschnitt. Dazu gehören die klassischen Umfragen der verschiedenen Institute, aber auch Prognosemärkte (also Wetten auf den Wahlausgang), Expertenbefragungen sowie Vorhersagen, die aus Statistiken abgeleitet werden (Demographie, Wirtschaftsdaten und so weiter).

Dieses unparteiische und einfach aussehende Vorgehen basiert also auf der sogenannten Schwarmintelligenz, wobei der Schwarm allerdings aus Teilen besteht, die von vornherein schon vergleichsweise intelligent sind. Tatsächlich war Graefe damit, in Kooperation mit amerikanischen Kollegen, bei den letzten drei US-Präsidentenwahlen sehr nah dran am Endergebnis, und zwar schon Monate vor der Wahl. Jetzt wendet er seine Methode erstmals auch auf die Bundestagswahl an, der letzte Stand der Prognose wird im Internet unter www.pollyvote.de angezeigt.

Strategische Wahlentscheidungen können leicht danebengehen

Am Sonntag wird man wissen, wie exakt Andreas Graefe mit seinem Projekt „Polly-Vote“, symbolisiert durch einen bunten Papagei, ins Schwarze getroffen hat. Doch jetzt schon behauptet der Ökonom, obwohl er Wahlergebnisse eigentlich nur als ein Experimentierfeld für Vorhersagen auf diversen Feldern verwendet, dass er zur „Entzauberung der klassischen Wahlforschung“ beitrage. Und er hat auch ein politisches Argument für Zahlen, die genauer sein sollen als alles, was Jörg Schönenborn & Co. vortragen: Präzisere Vorhersagen, sagt Graefe, helfen zu verhindern, dass Journalisten und Öffentlichkeit sich nur noch auf das „Horse race“ konzentrieren, also auf die Frage, wer gerade im Wahlkampf die Nase vorn hat. Und das soll dafür sorgen, dass man sich wieder stärker den politischen Sachfragen widmen kann. Ganz ähnliche Hoffnungen – weniger Umfragekrieg, mehr Objektivität – haben sich in den USA an den Prognose-Guru Nate Silver geknüpft, dessen Bestseller „Die Berechnung der Zukunft“ soeben in deutscher Übersetzung erschienen ist.

Gegen diese optimistische Sicht auf den Wert genauer Wahlprognosen gibt es aber auch gewichtige Einwände. Bei einer Debatte am CAS in München sagte der Mannheimer Politologe und Wahlexperte Sascha Huber am Montag: „Es kann noch viel passieren.“ Das gelte gerade beim Verhältniswahlrecht im verästelten Parteienspektrum der Bundesrepublik, wo viel mehr von Koalitionen und strategischen Manövern abhängt als in den USA.

Fundamentaler als die technische Diskussion ist das zweite Problem der öffentlichen Wahlprognosen: Es ist fraglich, ob sie überhaupt der Demokratie förderlich sind. Wer braucht sie eigentlich, von den Parteistrategen abgesehen? Wenn alle sagen: Wir wissen ja schon genau, wie es ausgeht, dann wirkt das, neben allem anderen Politikverdrossen, nicht gerade mobilisierend. Und strategische Wahlentscheidungen mit Blick auf Koalitionen – Beispiel: Zweitstimme FDP – können oft auch danebengehen.

Demokratie braucht, darauf verweist Sascha Huber, eine gewisse Unsicherheit. Man könnte auch sagen: den menschlichen Faktor, denn hinter den scheinbar nackten aggregierten Umfrage- oder Prognosezahlen stecken ja durchaus Gedanken, Positionen und persönliche Präferenzen, die einmal in sie hineingeflossen sind. Das stimmt sicher, doch steckt in diesem Argument wiederum ein bevormundender, elitärer Gedanke: dass nämlich der mündige Wahlbürger vor Wissen zu schützen sei. Das wird im Zeitalter der Verlässlichkeit schwer durchzuhalten sein. Und doch hat die Mahnung ihren Sinn, dass wir nicht Sklaven der Zahlen werden sollten, die von der Zukunft künden. Dann verschwände sie nämlich als etwas, was wir in der Hand haben. JOHAN SCHLOEMANN